Gegenüberstellung und Wertung der Verwaltung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion zur Hauptsatzung sowie Beratungsergebnis des Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss am 29.08.2019

§ 6 Abs. 3 Unterpunkt 1	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
<p>Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss beschließt über</p> <p>die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt sowie die Einstellung und Entlassung, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Beschäftigten in den Entgeltgruppen 7 bis 8 TVöD und in vergleichbaren Entgeltgruppen jeweils im Einvernehmen mit dem Verbandsgemeindebürgermeister</p>	<p>Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss beschließt über</p> <p>die Ernennung, Einstellung und Entlassung der Beamten, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt sowie die Einstellung und Entlassung, ausgenommen die Entlassung innerhalb oder mit Ablauf der Probezeit, der Beschäftigten in den Entgeltgruppen 4 bis 8 TVöD und in vergleichbaren Entgeltgruppen jeweils im Einvernehmen mit dem Verbandsgemeindebürgermeister</p>

Anmerkungen der Verwaltung:

Der Änderungsantrag bezieht sich auf die Einstellung der Tarifbeschäftigten. Bisher war die Beschlussfassung über Einstellungen und Entlassungen ab der Entgeltgruppe 7 geregelt. Einstellungen können erfolgen, sofern eine freie Stelle im Stellenplan vorhanden ist. Bisher lag das Einvernehmen zwischen dem Verbandsgemeindebürgermeister und dem Ausschuss bzw. Verbandsgemeinderat zu dieser Vorgehensweise vor. Im Vorfeld von Stellenausschreibungen wurde in der Regel vorab informiert. Ebenfalls über die Stellenbesetzung.

- **Für die Änderung sprachen sich im Hauptausschuss 3 Mitglieder aus. 9 Mitglieder stimmten mit nein und 1 Mitglied enthielt sich.**

§ 6 Abs. 3 Unterpunkt 5	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
<p>Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss beschließt über</p> <p>die Vergaben von Lieferungen und Leistungen, über 20.000,00 EUR bis zum Wert von 100.000,00 Euro.</p>	<p>Der Haupt-, Finanz-, Bau- und Vergabeausschuss beschließt über</p> <p>die Vergaben von Lieferungen—und Leistungen, nach Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) über 20.000,00 EUR bis zum Wert von 100.000,00 Euro.</p>

Anmerkungen der Verwaltung:

Die Verwaltung hat hier bewusst auf die entsprechenden Bezeichnungen im Vergleich zur Hauptsatzung von 2014 verzichtet.

Mit Inkrafttreten der Vergabeordnung ist die Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) außer Kraft getreten. Darüber hinaus, wird auch mit der bereits angekündigten Einführung der Unterschwellenvergabeordnung eine weitere gesetzlich zu berücksichtigende Vorschrift hinzutreten.

Mit der durch die Verwaltung gewählten Formulierung sind sämtlichen Vergabe entsprechend abgedeckt.

Auch der Städte- und Gemeindebund schlägt diese Formulierung vor.

- **Aufgrund der Erläuterungen soll es bei der bisherigen Formulierung bleiben.**

§7 Abs. 4 Satz 1	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
In folgende Ausschüsse werden zusätzlich und widerruflich durch den Verbandsgemeinderat jeweils 2 sachkundige Einwohner mit beratender Stimme berufen.	In folgende Ausschüsse werden zusätzlich und widerruflich durch den Verbandsgemeinderat jeweils 4 sachkundige Einwohner mit beratender Stimme berufen.

Anmerkungen der Verwaltung:

Die Reduzierung wurde aufgrund der Reduzierung der Besetzung durch ehrenamtliche Mitglieder seitens der Verwaltung vorgeschlagen.

Nach dem KVG dürfen in beratende Ausschüsse sachkundige Einwohner berufen werden. Die Zahl darf die der Mitglieder der Vertretung in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen. Die Berufung sachkundiger Einwohner soll dem beratenden Ausschuss – mittelbar damit auch dem Gemeinderat – die erforderliche Sachkunde vermitteln. Die Beurteilung der Sachkunde obliegt dem Gemeinderat.

- **Die Mitglieder des Hauptausschusses sprachen sich mehrheitlich für die Änderung auf 4 Personen aus.**

§ 10 Abs. 1 Unterpunkt 1	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
Darüber hinaus werden ihm (Verbandsgemeindebürgermeister) folgende Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen: die Einstellung und Entlassung der Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 bis 6 TVöD,	Darüber hinaus werden ihm (Verbandsgemeindebürgermeister) folgende Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen: die Einstellung und Entlassung der Beschäftigten in den Entgeltgruppen 1 bis 3 TVöD,

Anmerkungen der Verwaltung:

Es handelt sich hierbei um die Folgeänderung zu § 6 Abs. 3 Unterpunkt 1. Auf die Erläuterungen an dieser Stelle wird insoweit verwiesen.

- **Aufgrund der mehrheitlichen Ablehnung unter § 6 Abs. 3 Unterpunkt 1 wurde dieser Änderungsvorschlag seitens der einbringenden Fraktion zurückgezogen.**

§ 10 Abs. 1 Unterpunkt 4	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
Darüber hinaus werden ihm (Verbandsgemeindebürgermeister) folgende Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen: die Vergaben von Lieferungen und Leistungen, über 20.000,00 EUR bis zum Wert von 100.000,00 Euro.	Darüber hinaus werden ihm (Verbandsgemeindebürgermeister) folgende Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung übertragen: die Vergaben von Lieferungen und Leistungen, nach Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB), der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) und der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) über 20.000,00 EUR bis zum Wert von 100.000,00 Euro.

Anmerkungen der Verwaltung:

Auf die Erläuterungen unter § 6 Abs. 3 Unterpunkt 5 wird seitens der Verwaltung hierzu verwiesen.

- **Aufgrund der mehrheitlichen Ablehnung unter § 6 Abs. 3 Unterpunkt 1 wurde dieser Änderungsvorschlag seitens der einbringenden Fraktion zurückgezogen.**

§ 12 Abs. 4	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
-	Einwohnerversammlungen müssen auch auf Antrag einer Fraktion, über den der Verbandsgemeinderat mittels Beschluss entscheidet, einberufen werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Anträge einer Fraktion sind spätestens bei der übernächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen (siehe Geschäftsordnung § 3 Abs. 2). Danach erübrigt sich dieser Änderungsantrag.

- **Aufgrund den Erläuterungen und den Diskussionen soll die derzeitige Formulierung unverändert bleiben.**

§ 12 Abs. 5	
derzeitige Formulierung	Änderungsantrag AfD-Fraktion
-	Der Verbandsgemeindebürgermeister beruft einmal jährlich in einem öffentlichen Saal eine Einwohnerversammlung ein. Hier soll der Verbandsgemeindebürgermeister und können einzelne Fraktionen Rechenschaft zum Haushalt und bedeutende Angelegenheiten aus dem laufenden Jahr ablegen. Die Bürger können Fragen stellen. Die Einwohnerversammlung soll wechseln in jedem Jahr in einer anderen Mitgliedsgemeinde stattfinden. Die Einladung ist 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung zu veröffentlichen.

Anmerkung der Verwaltung:

Einwohnerversammlungen sind im § 28 KVG LSA geregelt.

§ 28 KVG LSA verlangt die Unterrichtung der Einwohner. „**Zu diesem Zweck**“ „**kann**“ der Bürgermeister eine Einwohnerversammlung einberufen. Es handelt sich hierbei um eine „Kann“-Vorschrift, d.h. der Verbandsgemeindebürgermeister kann auch eine andere Form der Unterrichtung (z.B. durch Veröffentlichungen im Amtsblatt), wie bereits in der Vergangenheit vollzogen, wählen.

Mit der Formulierung „zu diesem Zweck“ wird eine Konkretisierung der zu behandelnden Tagesordnung verlangt. Es kann deshalb keine allg. Rechenschaft über das Jahr abgelegt werden. Eine „**allg. bedeutsame Angelegenheit**“ sowie Betroffenheit der Bürger ist erforderlich.

Darüber hinaus steht die Entscheidung ob eine Einwohnerfragestunde durchgeführt wird oder ob eine andere Form der Unterrichtung gewählt wird, im Ermessen des Bürgermeisters. Gemäß Kommunalverfassungsgesetz kann damit keine Pflicht in einer Hauptsatzung festgeschrieben werden.

Rechenschaft wird durch den Verbandsgemeindebürgermeister mit dem aufzustellenden Jahresabschluss, der durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises zu prüfen ist und dem Verbandsgemeinderat zur Entlastung vorzulegen ist, abgelegt.

Fraktionen bleibt es vorbehalten, im eigenen Ermessen jährliche Einladungen an die Einwohner auszusprechen und entsprechend über Ihre Arbeit zu berichten.

- **Aufgrund den Erläuterungen und den Diskussionen soll die derzeitige Formulierung unverändert bleiben.**